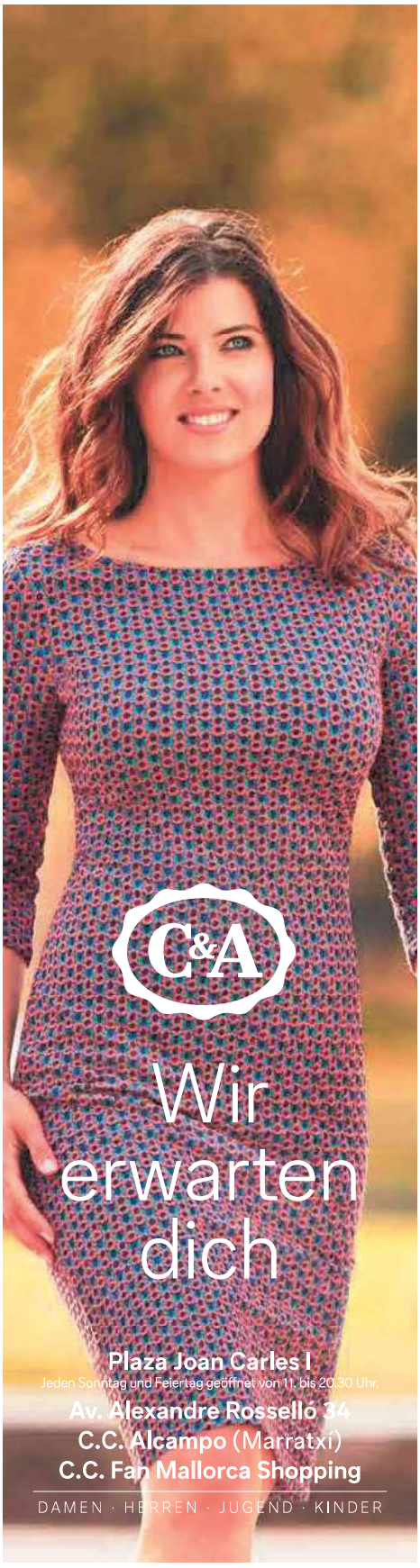

alle Bilder: Jean-Paul Assandri

Sabrina Sosinski (o. li.)
Lars Mompour (u. li.)
Miriam van Hall (o. m.)
Martina Eule (u. m.)
Natalie Rudakova (re.)

Selten so herzlich für den guten Zweck gelacht

Mitarbeiter der Vermögensverwaltung „Ramrath & Partner" sowie der „Mediagroup Balear" halten den Kopf für Benefiz-Aktion hin

Es müssen nicht ja nicht immer gleich Prominente sein, die für einen guten Zweck den Kopf hinhalten. Für die Aktion „Lachen & Weinen" (siehe Info unten) holte sich Lifestyle-Fotograf Jean-Paul Assandri diesen Monat Mitarbeiter der bekannten deutschen Vermögensverwaltung „Ramrath & Partner" vor die Kamera.

So ließen sich **Sabrina Sosinski**, **Miriam van Hall;** und **Natalia Rudakova** bereitwillig beim Weinen und Lachen ablichten. Auch PC-Experte **Lars Mompour**, der beim IZ Verlag „Mediagroup Balear" für die Technik verantwortlich ist sowie **Martina Eule** hatten kein Problem damit, vor dem Objektiv herzhaft und ehrlich zu lachen.

Lachen und Weinen sind auf den ersten Blick zwei vollkommen gegensätzliche Gefühlsregungen. Betrachtet man jedoch Fotos von einem Menschen, der einmal herzhaft lacht und einmal herzzerreißend weint, stellt man unvermutet fest, dass zwischen beiden Bildern kaum ein Unterschied besteht.

Auf diesem kuriosen Faktum menschlicher Ausdrucksweise beruht die Aktion „Lachen & Weinen für einen guten Zweck". Dabei handelt es sich um eine Gefühl-Foto-Challenge, an der jeder IZ-Leser auf Mallorca, in Deutschland, Österreich oder der Schweiz teilnehmen kann. **Redaktion**

„Lachen & Weinen" für den guten Zweck

Die „Lachen & Weinen"- Foto-Challenge ist eine gemeinsame Idee des Lifestyle-Fotografen Jean-Paul Assandri aus Berlin sowie dem Team der deutschen Vermögensverwaltung „Ramrath & Partner" und der „Inselzeitung". Gesucht werden „Kopfgeld-Paten", die Bekannte, Freunde oder auch einen Prominenten auffordern, sich einmal beim Lachen und einmal beim Weinen ablichten zu lassen. Im Gegenzug dafür spendet der „Kopfgeld-Pate" einen Geldbetrag, dessen Höhe er selbst bestimmen kann. Der Reinerlös kommt dem Wohltätigkeitsverein „SI Mallorca" zu Gute, der seit vielen Jahren bereits in finanzielle Not geratene Familien auf der Insel unterstützt.

Infos & Anmeldung unter Tel. 971 744 467, per email an challenge@die-inselzeitung.com

Stadt Palma fordert Nachtflugverbot

Die Umweltdezernentin der Stadt Palma, Neus Truyol, fordert für den Flughafen von Mallorca ein Nachtflugverbot. In einem Brief an das spanische Verkehrsministerium, den das Rathaus veröffentlichte, äußerte die Més-Politikerin den Wunsch, dass zwischen 23 Uhr und 6 Uhr früh keine Flugzeuge auf Son Sant Joan starten und landen dürfen. Ziel sei es, die negativen Auswirkungen des Flughafens auf Umwelt und Lebensqualität der Stadt Palma zu verringern, heißt es weiter. Laut Truyol hat der Luftverkehr von und nach Mallorca stark zugenommen. Auch die technische Kapazität des Flughafens entspreche nicht mehr den Anforderungen. Der bestehende Betriebsplan aus dem Jahr 2001 müsse überarbeitet, Flugzeiten neu durchdacht werden. Die Umweltdezernentin übte auch Kritik an Flughafenbetreiber AENA. Das Unternehmen solle sich stärker in die Bekämpfung der Umwelt- und Lärmbelastungen einbringen um seine Gewinne am Standort zu reinvestieren. Zudem schlug die Més-Politikerin vor, auf den Dächern des Airports Photovoltaikanlagen zu installieren, um so den Energieverbrauch in Teilen durch erneuerbare Ressourcen zu ersetzen. Unterdessen beklagte auch der Anwohnerverband von Palma die zunehmende Belastung durch Fluglärm. Die Situation sei für die Menschen, die rund um den Airport leben, unerträglich geworden. Besonders betroffen seien Coll d'en Rebassa und Sant Jordi. Der Präsident der Vereinigung, Joan Forteza, forderte schalldichte Fenster in den Gebäuden. Jetzt sollen neue Messungen die Lärmbelastung belegen. Die bisherigen Anlagen auf dem Krankenhaus Sant Joan de Déu stünden in direkter Nähe zur Klimaanlage, was die Ergebnisse verzerre. *Redaktion*

Marc Fischer

Tramuntana riskiert Titel als Weltkulturerbe der Unesco

Die Serra de Tramuntana, seit dem Jahre 2011 Weltkulturerbe, könnte ihren von der UNESCO verliehenen Titel schon bald wieder verlieren. Grund dafür ist der Müll und Unrat, der sich fast täglich in den emblematischen Zonen der Berge ansammelt und offenbar nicht einmal entsorgt wird. Besonders betroffen sei das Gebiet der von Touristen hochfrequentierten Schlucht „Torrente de Pareis". Das erklärte der Leiter des spanischen Weltkulturerbe-Komitees Angel Morillas Ende August nach einem Besuch der Gegend. „Es kann nicht sein, dass sich in der Schlucht unter einem Hinweisschild der UNESCO die Müllsäcke stapeln. Entweder die zuständige Gemeinde oder Behörde im Inselrat unternehmen etwas in dieser Sache, oder wir müssen die Aberkennung des Weltkulturerbe-Titels ernsthaft in Erwägung ziehen", erklärte Morillas. Es wäre die dritte Titelaberkennung in der Geschichte der Welterbe. Ein Wildschutzgebiet in Oman wurde 2007 ausgelistet, weil man dort nach Öl bohrte; das Dresdner Elbtal verlor die Auszeichnung 2009 mit dem Baubeginn der Waldschlößchenbrücke. *Redaktion*

pixabay.com

Rajoy mahnt Katalanen zu Einigkeit

Nach den Anschlägen in Barcelona hat Spaniens Ministerpräsident Mariano Rajoy die Regierung Kataloniens zum Verzicht auf das geplante Unabhängigkeitsreferendum aufgerufen. Die Volksabstimmung über die Abspaltung von Spanien sei „das Letzte, was die katalanische Gesellschaft in diesem Moment wünscht", sagte Rajoy. Die verantwortlichen Politiker in Katalonien müssten „ihre Pläne der Trennung, der Spaltung, der Radikalität" aufgeben. Die Regierung des katalanischen Regionalpräsidenten Carles Puigdemont plant für Oktober ein Unabhängigkeitsreferendum. *Redaktion*

Sóller-Tunnel bleibt mautpflichtig

Der Sóller-Tunnel auf Mallorca bleibt weiterhin kostenpflichtig. Ursprünglich war geplant, die Maut für die Passage des Tunnels ab dem 1. September aufzuheben. Damit wurde ein großes Wahlversprechen der Balearenregierung erst einmal auf Eis gelegt. Geplant war, den Tunnel vom Konzessionär Globalvia früher als vertraglich festgelegt zurückzukaufen, für 17,4 Mio. Euro. Das Unternehmen forderte hingegen 31 Mio. und legte Widerspruch ein, dem jetzt das Verwaltungsgericht stattgab. *Redaktion*